kostendeckend zu betreibenden Einrichtung zurückhaltend genutzt werden sollte.

Nachdem die Friedhofsgebühren zuletzt vor mehr als einem Jahrzehnt überprüft und zwischenzeitlich auch verschiedene neue Gebührenarten eingeführt wurden, halten wir es für dringend geboten, die Leistungsgebühren im Bestattungswesen durch eine aktuelle Gebührenkalkulation nach Maßgabe des KAG zu ermitteln und die Gebührensätze an die aktuelle Kostenentwicklung anzupassen. Auf die Ausführungen in unseren Geschäftsberichten 2005, S. 44 ff., und 2014, S. 28, sowie bei Wuttig/Thimet, Gemeindliches Satzungsrecht und Unternehmensrecht, Teil IV b, Fragen 38 und 39, wird bezüglich der Kalkulation von Benutzungsgebühren verwiesen.

Das Verwaltungs- und Rechtsamt hatte hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

Grundlage für die Gebührenkalkulation der Friedhofsgebühren ist demnach eine aktuelle Kostenermittlung. Eine Kostenermittlung wurde zuletzt 2009 durch das Amt II (Finanzverwaltung) vorgenommen (Ermittlung der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansetzbaren Kosten, insbesondere angemessene Abschreibungen und eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals ...). Wie hoch der aktuelle Kostendeckungsgrad der Friedhöfe insgesamt ist und in welcher Höhe einzelne Gebühren ggf. (bis zu einem bestimmten Grad) kostendeckend sind, kann nur anhand einer aktuellen Kostenermittlung festgestellt werden. (...)

Im Zuge der bisherigen Konsolidierungsrunden wurden die Friedhofsgebühren verschiedentlich angehoben. Dies hat in der Vergangenheit allerdings nicht, wie geplant, zu höheren Einnahmen (und damit auch nicht zu einem höheren Kostendeckungsgrad) bei den städtischen Friedhöfen geführt. Grund hierfür ist, dass nach unseren Feststellungen bestattungspflichtige Angehörige nach einer Anhebung der Gebühren auf „günstigere Grabarten“ und insbesondere die anonyme Urnenbeisetzung ausweichen. Außerdem führten die Erhöhungen der Grabgebühren in der Vergangenheit dazu, dass Grabstätten nach Ablauf der Ruhefrist nicht „nachgekauft“ sondern aufgelassen wurden oder bei Nachkäufen kürzere Laufzeiten gewünscht wurden. Aufgelassene Erdgräber, insbes. Familiengräber, sind kaum noch zu vermitteln. Darüber hinaus führten Gebührenerhöhungen regelmäßig zu einer deutlich erhöhten Zahl an Stundungsanträgen. Die Kosten insbesondere für die laufende Pflege der Friedhöfe, die Grundstücke, bzw. Abschreibungen, Gebäude etc. fallen demgegenüber unabhängig von Auswahl und Nutzungsdauer der Grabstätten an. Die Erhöhung von Grabgebühren hat daher nicht automatisch höhere Einnahmen bzw. einen höheren Kostendeckungsgrad bei den Friedhöfen zur Folge.

Ob bzw. inwieweit ein höherer Kostendeckungsgrad angestrebt wird ist im Übrigen – was auch der BKPV anspricht – eine politische Entscheidung der entsprechenden Gremien.

Eine umfassende Kostenermittlung für die Friedhöfe ist von der Finanzverwaltung vorgesehen, liegt aber noch nicht vor. Sobald diese vorliegt werden die Gebühren anhand der Ergebnisse der Kostenermittlung überprüft und das Ergebnis vorgelegt.

Bis dies möglich ist, sollte aus Sicht der Verwaltung ein Vergleich der aktuellen Grabnutzungsgebühren umliegender / vergleichbarer Städte (hier: Große Kreisstädte Fürstenfeldbruck und Dachau, Städte Puchheim und Olching und zur Information LH München) und eine moderate Anpassung der Gebühren in Germering erfolgen. Die hier vorgeschlagene Gebührenanhebung nach 8 Jahren liegt im Schnitt der verschiedenen Grabarten bei etwas über 20%. Je nach Grabart bewegen sich die vorgeschlagenen Gebührenanpassungen im unteren bis mittleren Bereich der erhobenen Vergleichsgebühren.

Bei den Grabplatten für Urnennischen, Baumgräber, Urnenerdammergräber aus verschiedenen Materialien wurden die aktuellen Kosten durch das zuständige Umweltamt ermittelt und entsprechend berücksichtigt.

Eine Übersicht der Gebühren der genannten Kommunen sowie der Stadt Germering (alt und vorge-

schlagene Neuregelung) nach Grabarten liegt der Sitzungsvorlage an. Außerdem liegt die vorgeschlagene Neufassung der Friedhofsgebührensatzung als Entwurf an.

Aufgrund der gestiegenen Energie- und sonstigen Kosten wird weiter vorgeschlagen, die Gebühr für die Benutzung der städtischen Leichenhäuser (§ 5 Ziff. 1.) von 150 € auf 180 € und der städtischen Aussegnungshallen (§ 5 Ziff. 6.) von 160 € auf 190 € anzuheben (Vergleich z.B. Stadt Puchheim je 170 €, GKSt Fürstenfeldbruck 192 € / 340 €). Hiervon abgesehen sind die Bestattungsgebühren weiterhin kostendeckend.

Bei den Verwaltungsgebühren wird vorgeschlagen, die Gebühr zur Genehmigung oder Änderung eines Grabmals (§ 7 Abs. 2 c) von 25 € auf 40 € zu erhöhen, was dem üblichen Satz mehrerer Vergleichskommunen entspricht.

2. Weitere Feststellungen des BKPV zur Friedhofsgebührensatzung

Der BKPV hat in TZ 33 folgende weitere Feststellungen zur Friedhofsgebührensatzung (FGS) gemacht:

a) Ermächtigungsgrundlage

Als Ermächtigungsgrundlage für den Erlass der FGS sind in der Satzung die Art. 2 und Art. 8 KAG angegeben. Neben den Friedhofs- und Bestattungsgebühren erhebt die Stadt über die FGS jedoch auch Verwaltungsgebühren, z.B. für die Ausfertigung einer Graburkunde (vgl. § 7 Abs. 2 FGS).

Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung von Verwaltungsgebühren (bzw. von Kosten für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich) ist Art. 20 KG. Wir empfehlen, diese noch entsprechend zu ergänzen.

b) Entstehen der Gebühren

§ 3 Nr. 1 Buchstaben a) bis d) FGS verknüpft die Entstehung des Gebührentatbestandes mit dem Gebührenschuldner in § 2 FGS. Da die Gebühr aber zu verschiedenen Zeitpunkten entstehen kann, wird aus Gründen der Transparenz zwischenzeitlich empfohlen, das Entstehen je Gebührenart eigens zu regeln (vgl. Wuttig/Thimet, a.a.O., Teil IV b, Frage 38, Nr. 6.1). Weiterhin wäre eine nachvollziehbare Regelung bezüglich der Gebührenentstehung und -höhe im Falle der Verlängerung eines Grabnutzungsrechts, die in der örtlichen Satzung bislang ebenfalls nicht zweifelsfrei enthalten war, aufzunehmen.

c) Fälligkeit der Gebühren

Die Friedhofsgebühren sind nach § 3 Satz 2 FGS mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig. In den Gebührenbescheiden wird abweichend von dieser Regelung die Zahlung innerhalb von einem Monat nach Erhalt des Bescheids bestimmt.

Die Formulierung des Zahlungsziels mit „... innerhalb von einem Monat ...“ widerspricht der Regelung in der FGS. Um widersprüchliche Regelungen zur Fälligkeit der Friedhofsgebühren künftig zu vermeiden sowie auch aus Gründen der Bürgerfreundlichkeit empfehlen wir, die Fälligkeitsregelung in der Satzung der Verwaltungspraxis anzupassen.

d) Gebührenregelung für sonstige Leistungen

§ 7 Nr. 3 FGS enthält folgende Bestimmung:

„Für sonstige Leistungen, die nicht in dieser Gebührensatzung enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die nach den in der Gebührensatzung eingestuftten, vergleichbaren Leistungen zu bemessen ist. Insbesondere sind die Leistungen nach Art, Zeit und Beanspruchung der städtischen Einrichtungen zu bemessen.“

Nach Art. 2 Abs. 1 Satz 2 KAG zählen u.a. die Bestimmung des Abgabesatzes (Gebührensatzes) und der die Abgabe begründende Tatbestand zum Mindestinhalt einer Abgabesatzung. Regelmäßig wird der Abgabesatz durch einen bestimmten Euro-Betrag oder einen Prozentsatz ausgedrückt. Die o.a. Satzungsregelung genügt dem Bestimmtheitsgebot, das insbesondere auch für die Festsetzung des Abgabesatzes zu berücksichtigen ist, nicht. Es ist für den Abgabeschuldner nicht erkennbar, welche Abgabe-

schuld für die in Anspruch genommene Leistung entsteht.

Sonstige Leistungen, die in der Gebührensatzung nicht enthalten sind, sollten daher nur über eine gesonderte Vereinbarung abgerechnet werden.

Zu Buchstaben a) bis d):

Wir empfehlen, die FGS unter Beachtung unserer o.a. Hinweise an die aktuelle Rechtslage anzupassen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf das bei Klingshirn/Drescher/Thimet, Friedhofs- und Bestattungsrecht in Bayern, C 3.2, veröffentlichte nicht-amtliche Satzungsmuster einer FGS.

Die vorgenannten Empfehlungen des BKPV wurden in den anliegenden Satzungsentwurf für die neue Friedhofsgebührensatzung unter Verwendung und Anpassung des vom BKPV empfohlenen Satzungsmusters eingearbeitet.

Vorschlag zum Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die anliegende Neufassung der Friedhofsgebührensatzung (FBS) zu beschließen.

oder

mit folgenden Änderungen zu beschließen:

Dagmar Hager

genehmigt OB

TOP5oe_Friedhofsgebührensatzung_Entwurf
TOP5oe_Gebuehrenvergleich_03_2024